

Antragsbereich P / Antrag P1

AntragstellerInnen: AfA-Landesvorstand Bayern

Empfänger: Bundesparteitag

P1: Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern

Antragsteller: AfA-Landesvorstand Bayern

Adressat: AfA-Landeskonferenz, AfA-Bundeskonferenz SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

5

Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern

10

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

15 die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben
in Partei und Öffentlichkeit wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen
gesellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagie-
ren. Sie verfügen über Fachkompetenz in ihren jeweiligen Themenfeldern
und haben vielfältige Kontakte in diese Bereiche. Das muss konstruktiv für
die Arbeit der SPD weiter genutzt und sogar verstärkt werden. Viele der
20 bestehenden elf Arbeitsgemeinschaften sind im Unterschied zu anderen
bundesweiten Zusammenhängen in der SPD von der Mitgliederbasis bis
zur Bundesebene durch Wahlen und Delegationssysteme demokratisch
legitimiert. Ihr Aufbau und ihre Aufgaben regelt der Parteivorstand durch
Richtlinien. Im Jahr 2020 wurde eine neue Richtlinie für die Arbeitsgemein-
25 schaften beschlossen. Die neue Richtlinie mit erheblichen Einschnitten und
Strukturveränderungen für die AGen schädigt die Schlagkraft der gesamten
Partei.

Es sollte alles versucht werden, gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften
30 Möglichkeiten zu finden, um die Arbeitsfähigkeit der AGen zu stärken und
auszubauen und damit die Außenwirkung und Bindungskraft unserer Partei
über unsere Verankerung zum Beispiel bei den Frauen, in der Arbeitneh-
merschaft, in bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen, Milieus und
Altersgruppen erheblich zu verbessern.

35

Wir fordern den Landesvorstand der SPD in Bayern auf, sich für eine Verbesserung der Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu deren Stärkung einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir den Vorstand der SPD sowie den Bundesparteitag auf, die Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu verändern, damit diese ihre besonderen Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit wahrnehmen und die SPD-Arbeit auch zukünftig noch stärker unterstützen können.

45

Insbesondere fordern wir:

- Die Bundeskonferenzen und Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht ausschließlich im WBH in Berlin durchgeführt werden. Sitzungsintervalle erhöhen. Die Einschränkungen bei den Sitzungsintervallen und die Verpflichtung, in Berlin zu tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehobenheit und regionale Ungleichgewichte. Der Wegfall von Möglichkeiten, sich regional, bzw. vor Ort zu repräsentieren, statt im WBH unterzutauchen vermindert die Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit der Partei
- Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöhen und Vorstände so erhöhen, dass alle 16 Länder ordentlich vertreten sind. Die Ausdünnung der Delegiertenbasis und der Vorstände reduziert die Repräsentativität und Kommunikationsmöglichkeiten erheblich.
- Ressourcen für die Arbeitsgemeinschaften erhöhen Die erhebliche Reduzierung der Ressourcen für außenwirksame Aktivitäten außerhalb des festgelegten, bereits 2013 um ein Drittel gekürzten Budgets, sowie die Reduzierung der hauptamtlichen Unterstützung schwächt die Arbeitsgemeinschaften praktisch bei allen Handlungsmöglichkeiten und erhöht die Abhängigkeit der gesamten Partei von den Mandatsträgern.

65

Begründung**Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern**

70

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren. Sie verfügen über Fachkompetenz in ihren jeweiligen Themenfeldern und haben vielfältige Kontakte in diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD weiter genutzt und sogar verstärkt werden. Viele der

bestehenden elf Arbeitsgemeinschaften sind im Unterschied zu anderen
80 bundesweiten Zusammenhängen in der SPD von der Mitgliederbasis bis
zur Bundesebene durch Wahlen und Delegationssysteme demokratisch
legitimiert. Ihr Aufbau und ihre Aufgaben regelt der Parteivorstand durch
Richtlinien. Im Jahr 2020 wurde eine neue Richtlinie für die Arbeitsgemein-
schaften beschlossen. Die neue Richtlinie mit erheblichen Einschnitten und
85 Strukturveränderungen für die AGen schädigt die Schlagkraft der gesamten
Partei.

Es sollte alles versucht werden, gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften
Möglichkeiten zu finden, um die Arbeitsfähigkeit der AGen zu stärken und
90 auszubauen und damit die Außenwirkung und Bindungskraft unserer Partei
über unsere Verankerung zum Beispiel bei den Frauen, in der Arbeitneh-
merschaft, in bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen, Milieus und
Altersgruppen erheblich zu verbessern.

95 Wir fordern den Landesvorstand der SPD in Bayern auf, sich für eine Ver-
besserung der Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu deren Stärkung
einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir den Vorstand der SPD sowie den
Bundesparteitag auf, die Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu ver-
ändern, damit diese ihre besonderen Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit
100 wahrnehmen und die SPD-Arbeit auch zukünftig noch stärker unterstützen
können.

105 **Insbesondere fordern wir:**

- Die Bundeskonferenzen und Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht
ausschließlich im WBH in Berlin durchgeführt werden. Sitzungsintervalle
erhöhen. Die Einschränkungen bei den Sitzungsintervallen und die Ver-
110 pflichtung, in Berlin zu tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehobenheit und
regionale Ungleichgewichte. Der Wegfall von Möglichkeiten, sich regio-
nal, bzw. vor Ort zu repräsentieren, statt im WBH unterzutauchen ver-
mindert die Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit der Partei
- Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöhen und Vorstände so
115 erhöhen, dass alle 16 Länder ordentlich vertreten sind. Die Ausdünnung
der Delegiertenbasis und der Vorstände reduziert die Repräsentativität
und Kommunikationsmöglichkeiten erheblich.
- Ressourcen für die Arbeitsgemeinschaften erhöhen Die erhebliche Redu-
zierung der Ressourcen für außenwirksame Aktivitäten außerhalb des
120 festgelegten, bereits 2013 um ein Drittel gekürzten Budgets, sowie die
Reduzierung der hauptamtlichen Unterstützung schwächt die Arbeits-

gemeinschaften praktisch bei allen Handlungsmöglichkeiten und erhöht die Abhängigkeit der gesamten Partei von den Mandatsträgern.